



Bürgermeisterbrief

Die Information über die Vermietung des ehemaligen Gasthofes Pils (Besitzer Hr. Martin Mairböck aus Bad Zell) für die Unterbringung von Menschen, die sich in Österreich aufgrund ihrer Situation in ihrem Herkunftsland um Asyl bewerben, mussten Sie in den vergangenen Tagen aus Zeitungen erfahren.

Diese Tatsache ist in der Kürze der Entscheidung seitens der OÖ. Landesregierung begründet und hat seitens der Gemeinde eine frühere Information nicht ermöglicht. Diese Vorgangsweise des Landes ist kein Ruhmesblatt für das demokratische Empfinden der Menschen vor Ort. Als Begründung wird die prekäre Situation in der Unterbringung von Flüchtlingen angeführt.

Die oberösterreichische Landesregierung unter Leitung von LH Dr. Josef Pühringer und LH Stv. Josef Ackerl hat am 23. Oktober 2012 eine Vereinbarung mit der Bundesregierung unterschrieben, mindestens 250 Menschen, die sich um Asyl in Österreich bewerben wollen, zusätzlich in Oberösterreich bis Ende November 2012 aufzunehmen.

Eine Anzahl für die es aktuell keine Unterkünfte gibt. Aufgrund dieser Tatsache hat die Landesregierung die beauftragten Hilfsorganisationen, in unserem Fall die Volkshilfe, mit der Suche nach geeigneten Liegenschaften beauftragt. Hr. Mairböck hat den ehemaligen Gasthof Pils in einem Mail am 21.10.2012 verschiedenen Sozialeinrichtungen zur Vermietung angeboten, so auch der Volkshilfe.

Die Volkshilfe hat daraufhin den Kontakt zu Hrn. Mairböck hergestellt. Die Liegenschaft entspricht in allen Kriterien lt. Prüfung der Volkshilfe und des Landes. Somit wurde der Mietvertrag abgeschlossen.

Die Gemeinde hat hier kein Mitspracherecht!

Ich habe am 09. November 2012 konkret Kenntnis von der klaren Absicht des Landes durch den Geschäftsführer der Volkshilfe Oö. erhalten, dieses Angebot zu nutzen. Am Samstag, 10. November 2012, gab es eine Besprechung mit den Fraktionsobmännern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP und FPÖ). Es wurde vereinbart, an einer Lösung zu arbeiten, die allen Betroffenen ein gutes Miteinander ermöglicht. Inzwischen hat sich der Bedarf für Plätze in Oberösterreich auf ca. 300 bis Ende November 2012 und für 500 Plätze bis Ende Dezember 2012 erhöht.

In Gutau soll Platz für 30 Menschen geschaffen werden, die sich um ein Asyl in Österreich bewerben.

Die Kapazität liegt bei 60 Personen, diese Höhe wurde aber von der Volkshilfe klar abgelehnt.

Die Gemeinde bekommt für die Unterbringung der Menschen in Gutau kein direktes Geld.

Ich habe einen offenen Dialog mit allen Nachbarn, den politischen Vertretern der Gemeinde und den sozial engagierten Menschen aus Pfarre und Gemeinde verlangt. Daher gab es am 14.11.2012 mit den Nachbarn, Gemeinderäten, Parteienvertretern, Vertretern der Pfarre und der Schulen einen Informationsabend mit der Volkshilfe Oberösterreich.



Fr. Monika Hofer, Fr. Krystyna Pomierny, Hr. Mag. Christian Schörkhuber haben mit Bgm. Josef Lindner die Diskussionsveranstaltung durchgeführt.

**In einer moderierten Diskussion erläuterten die Vertreter der Volkshilfe die Betreuungsabläufe und die Diskussionsteilnehmer konnten ihre Fragen, Sorgen, Wünsche und Ideen einbringen.
Ich denke, viele gestellte Fragen, interessieren Sie alle.**

Die wichtigsten Informationen zusammengefasst:

- > Die Anzahl von 30 Menschen bleibt fix. Gegen eine Erhöhung hat die Gemeinde ein Vetorecht.
- > Die Betreuung der Menschen erfolgt mit der Volkshilfe durch eine professionelle Einrichtung. Für Gutau wird extra eine erfahrene Mitarbeiterin, Fr. Krystyna Pomierny, angestellt. Fr. Pomierny hat bis jetzt sehr erfolgreich das Projekt in Langenstein mit 40 Menschen betreut. Sie wird während der Woche täglich anwesend sein, zum Wochenende gibt es keine Betreuung.
- > Der Mietvertrag mit Hrn. Mairböck ist auf ein Jahr unkündbar und danach unbefristet abgeschlossen und dann jederzeit kündbar.
- > Die Dauer der Aufenthalte der Menschen kann sich von einem halben Jahr bis zu drei Jahren erstrecken.
- > Welche Nationen nach Gutau zugeteilt werden, kann derzeit nicht gesagt werden. Es wird aber darauf geachtet, dass es eine gute Mischung von Familien und Einzelpersonen gibt.
- > Die Flüchtlinge erhalten pro Erwachsenen € 150.- / Monat, Kinder erhalten € 110.-/Monat. Mit diesem Geld müssen sie alle Bedürfnisse des täglichen Lebens abdecken. D.h, eine Familie mit zwei Kindern muss mit € 520.- das Auslangen finden. Die Menschen dürfen keine Arbeit, außer bei der Gemeinde oder Sozialeinrichtungen, annehmen.
- > Für die Kinder haben die Schulen bereits ihre Unterstützung zugesagt.
- > Die Nachbarn haben ihre berechtigten Sorgen und Wünsche eingebracht. Die Volkshilfe und ich werden aktiv die Lösung angehen.
- > Der Zeitpunkt des Ankommens der Menschen konnte noch nicht genau festgelegt werden. Es wird sehr wahrscheinlich die erste Dezemberwoche sein.
- > Die Volkshilfe wird versuchen, zusätzliche Betreuungsangebote wie Deutschkurse usw. anzubieten.

***Liebe Gutauerinnen und Gutauer!
Geschätzte Jugend!***

Damit bin ich bei einem wichtigen Thema.

Wir wollen die Menschen gut vorbereitet erwarten. Denn es geht darum, gemeinsam eine Situation zu schaffen, die uns allen ein gutes Miteinander ermöglicht. Die Fragen der Nachbarn müssen gut aufgearbeitet werden, darum kümmere ich mich mit der Volkshilfe.

Es bedeutet aber auch, eine ehrenamtliche Struktur aufzubauen, die die Lebenssituation während des Aufenthaltes der Flüchtlinge für uns alle, uns Gutauern und jenen Menschen, die zu uns kommen, positiv gestaltet. Wer Interesse hat, mitzuhelfen, ist herzlich eingeladen, sich bei der Gemeinde oder bei der Pfarre zu melden.

Ich werde mich um die Erstkoordination kümmern.

Die professionellen Erfahrungen der Volkshilfe und das soziale Engagement der Ehrenamtlichen können gemeinsam ein positives Ergebnis schaffen, wie in anderen Gemeinden. Dort, z.B. in Langenstein, erleben die Menschen ein unproblematisches Zusammenleben.

Ich stehe gerne für ein Gespräch zur Verfügung!



Ihr Bgm. Josef Lindner